

## **PRESSEMITTEILUNG**

Donnerstag, 15. April 2010

### **Die Bundesregierung unterstützt Transparenz im Rohstoffsektor RWE und KfW treten internationaler Transparenz-Initiative bei**

Die Bevölkerung rohstoffreicher Länder profitiert nicht immer von den staatlichen Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Die Rohstofftransparenz-Initiative EITI (*Extractive Industries Transparency Initiative*) von Regierungen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft versucht, Licht ins Dunkel über den Verbleib der Geldmittel zu bringen.

Die Bundesregierung unterstützt seit Jahren diese Initiative politisch und finanziell. Die Gewinnung deutscher Unternehmen als Förderer der Initiative ist ein besonders wichtiges Anliegen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Anlässlich der Aufsichtsratsstagung der EITI in Berlin am 15. und 16. April können die Ministerien nun die Beitritte der ersten deutschen Unternehmen zur EITI verkünden:

Der deutsche Energiekonzern RWE ist das erste deutsche DAX-Unternehmen, das nun gemeinsam mit führenden internationalen Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen wie Total, Shell, BP und Arcelor Mittal weltweit die EITI-Transparenzprinzipien umsetzt. Die Unterstützung der KfW-Bankengruppe wird in Verantwortung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) umgesetzt werden. KfW und DEG werden als bedeutende Privatwirtschaftsförderer wichtige Impulse geben, so dass sich deutsche Unternehmen bei der Unterstützung der EITI in aller Welt noch intensiver engagieren.

Die EITI sei ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu mehr Transparenz im Rohstoffsektor, betonten Gudrun Kopp, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesentwicklungsministerium, und Bernd Pfaffenbach, der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium bei der Auftaktveranstaltung zur Aufsichtsratsstagung von EITI in der Temporären Kunsthalle in Berlin am 14. April. Sie begrüßten die Entscheidungen der KfW-Bankengruppe und von RWE, wie auch das seit Beginn des Jahres bestehende Engagement der deutschen Graphit Kropfmühl über deren niederländischen Mutterkonzern Advanced Metallurgical Group (AMG) N.V.

„Damit die Menschen in Entwicklungsländern vom Rohstoffreichtum profitieren, braucht es transparente und faire Standards,“ sagte Kopp. „Die EITI-Kriterien

ermöglichen es der Zivilgesellschaft, den Verbleib der Rohstoffeinnahmen zu kontrollieren. Durch solche Transparenz kann gesichert werden, dass die Gelder der Armutsbekämpfung zugute kommen. 32 Staaten sind derzeit mit der Umsetzung des EITI-Prozesses beschäftigt. Das ist ein wichtiger Erfolg. Zur Unterstützung dieser Entwicklung setzen wir unser partnerschaftliches Engagement für Transparenz und gute Regierungsführung im Rohstoffsektor auch in Zukunft mit unvermindertem Engagement fort.“

Bernd Pfaffenbach unterstrich das wachsende Verantwortungsbewusstsein deutscher Unternehmen im Rohstoffsektor, die sich im Dialog mit den Ministerien intensiv mit der Initiative auseinandersetzen. „Das Bundeswirtschaftsministerium wird weiter daran arbeiten, gute Regierungsführung und eine nachhaltige Rohstoffstrategie zugunsten der Versorgungssicherheit zu fördern und hofft, dass weitere deutsche Unternehmen und Investoren künftig zu den aktiven Unterstützern der Initiative werden“, so der Staatssekretär.

Peter Eigen, Vorsitzender der EITI, dankte der Bundesregierung für ihre langjährige Unterstützung der EITI. „Unsere Initiative braucht Partner wie Deutschland, um Rohstofftransparenz weltweit zu verankern. Die Bundesregierung setzt mit ihrer technischen Begleitung der EITI-Prozesse in vielen rohstoffreichen Ländern Standards. Gleichzeitig bekennt sie sich durch ihren Dialog mit der deutschen Wirtschaft zu dem Prinzip, dass Transparenz nur funktionieren kann, wenn sie von allen Partnern im Rohstoffhandel gemeinsam unterstützt und umgesetzt wird.“

Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie  
Pressestelle  
Scharnhorststraße 34-37  
10115 Berlin

Telefon: 030 18 615 6121  
Fax: 030 18 615 7020

Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung  
Pressestelle  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin

Telefon: 030 18 535 2450  
Fax: 030 18 535 2595